



Vater Zwick, Freund*: 70 Millionen Mark Steuerschulden hinterlassen

Firma Gefit AG die Fitelec zum merkwürdig hoch gestiegenen Preis von 110 Millionen Mark ein. Und am Ende verschmolzen alle Unternehmungen auf wundersame Weise in der Saarbrücker Johannesbad Reha-Kliniken AG des Johannes Zwick, der mit seiner Frau Sabine schon hinter der Gefit gestanden hatte (SPIEGEL 43/1993).

Nach den jüngsten Ermittlungsergebnissen hatte der junge Zwick seine Verhandlungspartner im bayerischen Finanzministerium bei alldem glatt hereingelegt – oder sie haben sich bereitwillig nasführen lassen. Das Schlüsseldokument dafür liegt den Staatsanwälten jetzt vor: ein Protokoll des Kreditausschusses des Verwaltungsrats der halbstaatlichen Bayerischen Landesbank vom 12. Januar 1988.

Es behandelt ein Konsortialdarlehen in Höhe von 150 Millionen Mark, das dem jungen Zwick im Dezember 1987 federführend durch die Landesbank bewilligt wurde – zum Aufkauf der Fitelec-Anteile und mithin der väterlichen Johannesbad-Aktien.

Aus dem Protokoll ergibt sich für die Ermittler „eindeutig, daß die Familie Zwick hinter den luxemburgischen Holdings“ gestanden habe. Die Staatsanwaltschaft hält es nun auch für „bewiesen, daß die gewählte Konstruktion“ – von Vater über Fitelec auf Gefit und den Sohn – „lediglich der Vermögensumschichtung innerhalb der Familie diene“.

Das Bankdokument beweist nach Einschätzung der Ermittler auch, daß der zur selben Zeit festgestellte Vermögensstatus, der alte Zwick besitze in Deutschland nichts mehr, erschwandelt

wurde. Der Junior habe nämlich verschwiegen, daß sein Vater das 150-Millionen-Darlehen absicherte, indem er dem Bankenkonsortium festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 30 Millionen Mark zur Verfügung stellte. Damit war „inländisches Vermögen“ des Seniors greifbar geworden.

Finanzminister im Dezember 1987 war Tandlers Vorgänger Max Streibl, der spätere Ministerpräsident. In seinem Ministerium wurde akzeptiert, daß bei Eduard Zwick nichts zu holen sei.

Zur selben Zeit muß Streibl aber von der 30 Millionen Mark schweren Sicherheit erfahren haben. Schließlich war er als Finanzminister zugleich im Vorsitz des Landesbank-Verwaltungsrats und damit auch automatisch Mitglied des Kreditausschusses.

Sollte ihm damals der Widerspruch in der Vermögensbewertung des Steuerflüchtlings aufgefallen sein, dann hätte er sich womöglich einer amtlichen Beihilfe zur Steuerhinterziehung oder zur Vereitelung von Beitreibungsmaßnahmen schuldig gemacht.

Merkwürdig erscheint schließlich auch, daß es seinerzeit keinem in der erlesenen Runde des Kreditausschusses dämmerte: Die Banker finanzierten eine illegale Transaktion an der Steuer vorbei und verursachten so für den Staat einen Millionenverlust.

Für die immense Differenz zwischen dem Verkaufspreis von 46 Millionen Mark und der Wiedererwerbssumme von 110 Millionen Mark gibt es für die Ermittler jedenfalls nur eine Erklärung: Die 64 Millionen Mark seien als Buchgewinn für den Zwick-Clan an die von der Familie beherrschten Holdings nach Luxemburg geflossen – und futsch für den deutschen Fiskus. □

Konservative

Rep light

Der frühere FDP-Politiker Manfred Brunner will eine neue Rechtspartei aufbauen. Unterstützung kommt aus Österreich.

Auf der Suche nach einer politischen Heimat kehrt Manfred Brunner, von 1983 bis 1988 bayerischer FDP-Chef und derzeit parteilos, zu den Ursprüngen zurück. Schon im Knabenalter erfuhr Brunner dank des Großpapas, der ihn auf Veranstaltungen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) mitschleppte, erste politische Prägung.

Da es nie zu spät ist für eine glückliche Kindheit, läßt Brunner, 46, nun alte Erinnerungen aufleben. Der nationalpopulistische FPÖ-Chef Jörg Haider, 43, der es bei Wahlen in Österreich auf bis zu 29 Prozent der Stimmen gebracht hat, soll ihm im deutschen Superwahljahr zum politischen Erfolg verhelfen.

Viel Glück hat Brunner in letzter Zeit nicht gehabt. Bundeskanzler Helmut Kohl löste ihn 1992 als Kabinettschef des EG-Kommissars Martin Bangemann (FDP) ab, weil Brunner sich scharf gegen den Maastricht-Vertrag gewandt hatte.

Auch bei den Freidemokraten, die Brunner voriges Jahr verließ, handelte sich der Bayer nur noch Ärger ein. Das begann, als er im September 1992 seinen rechten Spezi Haider, zum Verdruß der Bonner Parteiführung, bei einer FDP-Veranstaltung im baden-württembergischen Bad Cannstatt begrüßte. Den Österreicher rühmt Brunner als „einen Reformen von großem Format“, für den lege er „die Hand ins Feuer“.

Mit Unterstützung aus Österreich möchte Brunner nun eine auf seriös getrimmte rechte Protestpartei aufbauen, die bei den Wählern von CSU und Republikanern (Rep) tingeln soll. Als „Bund freier Bürger“ will Brunner seine neue Partei am kommenden Sonntag im Weimarer Hilton-Hotel gründen. Die Partei soll zu den Europawahlen im Juni und zur Bundestagswahl im Herbst antreten, möglicherweise auch zu Landtagswahlen.

FPÖ-Chef Haider hat sich bereit erklärt, seinen Freund Brunner bei Wahlkampfauftritten in Deutschland zu begleiten. Im Gegenzug wirbt Brunner bei den Seinen für Haiders Buch „Die Freiheit, die ich meine“, ein Manifest des Nationalpopulismus.

In einem Entwurf programmatischer Leitsätze kritisiert der Brunner-Bund

* CSU-Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Anfang der achtziger Jahre.

die Europäische Union (EU) mit Einheitswährung und predigt eine Marktwirtschaft ohne soziales Netz: Der Wohlfahrtsstaat, heißt es in dem Papier, gefährde das „soziale Verständnis“, die „staatlichen Zwangsversicherungen“ seien zu beenden, „privates Vorsorgevermögen“ sei vor Steuern zu schützen.

Den Hauptfeind sieht Brunner in der „Sozialdemokratisierung unserer Gesellschaft“. Zudem will der Ex-Liberale mit Parolen für Lauschangriffe und für verschärfte Auflagen bei Demonstrationen Rechtswähler gewinnen.

Gestandene Konservative sollen die Spitze der neuen Gruppe bilden. Zum 38 Mitglieder zählenden Gründungsausschuß der neuen Partei gehören, so Brunner, der Mannheimer Wirtschaftsprofessor Roland Vaubel, 46, der Hagenener Polizeipräsident Günther Steckhan, 61, und der frühere Bonner Botschafter in China, Erwin Wickert, 79.

Neben Wickert, bereits unter NS-Außenminister Joachim von Ribbentrop

Zwar distanziert sich Parteigründer Brunner brav von allzu auffälligen Rechtsradikalen. Doch von seinem Vorbild Haider hat er schon gelernt, wie sich bei Extremisten trotzdem Punkte machen lassen.

So verkündete er vieldeutig im Monatsblatt *Junge Freiheit*, das sich als Denkwerkstatt rechtsextremistischer Strategen etabliert hat, Deutschland müsse „an seine alte historische, mitteleuropäische Aufgabe anknüpfen“.

Sympathisanten finden Parteigründungen wie die Brunner-Gruppe nicht nur bei jungen Ultrarechten. Konservative Medienmacher sorgen sich, wegen der derzeit schlechten Wahlprognosen für die Unionsparteien, um die Mehrheitsfähigkeit des bürgerlichen Lagers.

Daher will etwa *Welt*-Chefkorrespondent und Ex-Chefredakteur Herbert Kremp den „alten Präventivkrieg der Etablierten gegen alles, was sich rechts von ihnen regt“, beenden. Nur unter

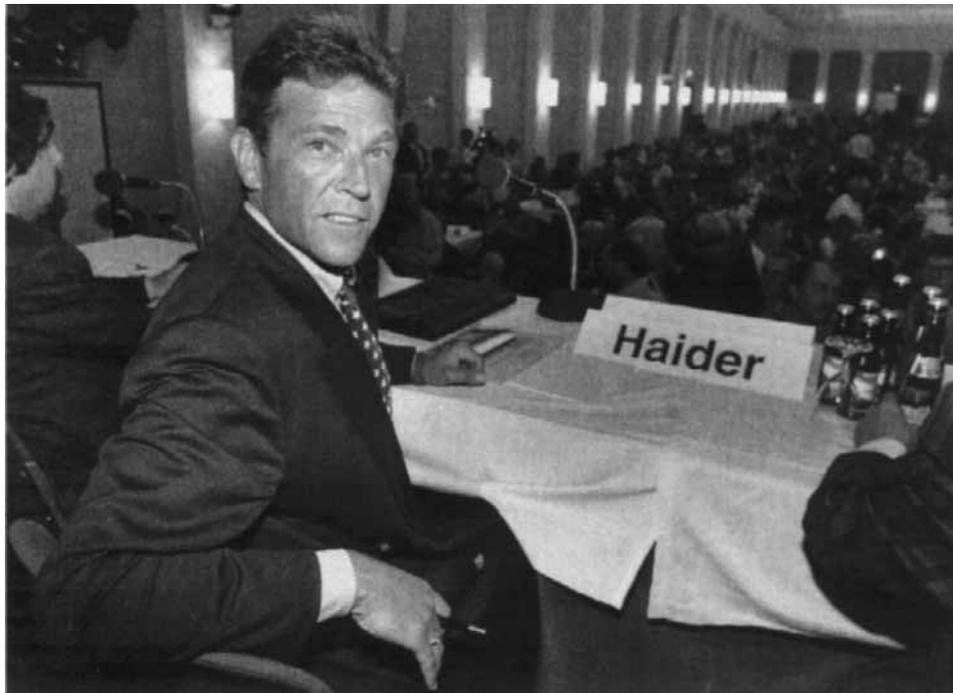
nalliberaler fürchtet, „daß das Brunner-Unternehmen in einem Klamauk endet“.

Das könnte passieren, wenn sich mangels gutbürgerlichen Personals Rechtsextreme unter die Parteigründer mischen. Schon spottet der bayerische SPD-Fraktionschef Albert Schmid, da entstehe eine Partei der Marke „Replight“.

Das ehemalige FDP-Präsidiumsmitglied Brunner warnt zwar vor „Rattenfängern“ und versichert, er wolle „verhindern, daß Millionen Wähler in die Arme der Rechtsradikalen getrieben werden“. Daher werde er „grundsätz-



Parteigründer Brunner
„Reformer von großem Format“



Brunner-Partner Haider (in Bad Cannstatt): Ende mit Klamauk?

Diplomat als Attaché in Japan, gehören auch stramme Rechtsausleger zum Gründerkreis:

▷ Hans Heinrich Rupp, 67, Staatsrechtler aus Mainz, unterstützte 1978 die Wiedereinführung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer;

▷ Bruno Bandulet, 51, ehemals Referent für Ost- und Vertriebenenpolitik der CSU-Landesleitung, setzte in seinem 1990 erschienenen Buch „Die Rückseite des Wunders“ rechte Akzente: Hitler sei nicht allein schuld am Zweiten Weltkrieg, das werde „von den Medien . . . unterschlagen“.

solchen Umständen, so Kremp, könne sich eine „konsequent konservative“ Partei entfalten.

Dem neuen Parteiprojekt fehlt derzeit allerdings noch eine breite Basis. Zwar kann Brunner, so sagt er, bereits auf einige tausend Interessenten zurückgreifen, rund hundert Briefe gingen täglich in seinem Münchner Büro ein.

Doch die konservative Klientel, traditionell nicht experimentierfreudig, wartet bislang ab. Berliner Sympathisanten etwa, die sich mehrmals jährlich mit Haider treffen, sehen „derzeit keinen Grund, die FDP zu verlassen“, sagt ein Mitstreiter. Ein Berliner Natio-

lich keine ehemaligen Republikaner“ in seinen Reihen dulden.

Die Rep-Abspaltung Deutsche Liga debattierte jedoch auf einer Vorstandssitzung im Dezember schon über mögliche Aktivitäten in Brunners neuerechter Partei. Ein Liga-Vorständler: „Ich gehe davon aus, daß Leute aus der rechten Szene dort mitmachen.“

Die Extremistentruppe (etwa 1000 Mitglieder) hatte den Haider-Fans bereits bei der Versammlung in Bad Cannstatt Saalschutz angeboten. Doch Brunner gibt sich sicher: Die Gefahr rechter Unterwanderung sehe er „gar nicht“.

Das könnte sich als folgenschwerer Irrtum erweisen. Manfred Rouhs, 28, Herausgeber des neuerechten Strategiemagazins *Europa vorn*, will dafür trommeln, die Brunner-Partei „zu einer authentischen Rechtspartei zu entwickeln“.

Nation und Europa, rechtsextremes Strategieorgan, hat bereits die Parole vom „Modell Haider“ an die Kameras gegeben. Die deutsche Rechte, doziert das Kampfblatt, müsse künftig „ein wenig moderner, zeitgemäßer, beweglicher agieren“ – wie der bewunderte Österreicher. □